

»Alternative Einheitsfeier 2018« des OKV e.V. am 3. Oktober 2018

Rede¹ Hans Bauer

Verehrte Anwesende!

Liebe Freunde,

Genossinnen und Genossen,

"Die Würde des Menschen ist unantastbar"

Was für ein großartiger Satz. Kerngedanke der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, deren 70. Jahrestag wir im Dezember dieses Jahres begehen. Und Sinngehalt aller nationalen und internationalen Regelungen zu den Menschenrechten.

In Deutschland steht dieser Satz, richtiger, dieses **Bekenntnis**, im Artikel 1 des Grundgesetzes, das als Verfassung gilt.

Und dort steht auch: *"Sie (die Menschenwürde) zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt"*.

Worin besteht nun die Würde des Menschen? Wie sieht es mit ihrer Verwirklichung aus? Was passiert, wenn sie verletzt wird?

Ich denke, zunächst ist entscheidende Voraussetzung überhaupt, dass der Mensch leben kann, in Frieden leben kann. Dass er nicht in Furcht vor Krieg und Vernichtung leben muss. Dass seine menschliche Existenz gesichert ist. Egal, welchen Geschlechts er ist, wo er lebt, welchem Staat er angehört, welche Anschauungen er hat.

Und für diese wichtigste Voraussetzung trägt in erster Linie der Staat Verantwortung.

Wie nimmt die Bundesrepublik Deutschland diese Verantwortung wahr?

Mit dem Einigungsvertrag, dem Verfassungsgesetz vom 31. August 1990, hat die BRD für das vereinte Deutschland die Verpflichtung übernommen: *"als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen"*.

Eine Selbstverpflichtung, die nach dem Kalten Krieg der historischen Verantwortung des größeren einheitlichen Deutschlands entsprach und die Chance für ein friedliches Land unter den Völkern eröffnen sollte.

¹ Es gilt das gesprochen Wort.

Heute, nach 28 Jahren, stellen wir fest:

Deutschland wird diesem Anspruch bis heute nicht gerecht. Im Gegenteil! Es hat zu Kriegen und Kriegsgefahr in Europa und weltweit beigetragen. Und tut dies unverändert. An vielen militärischen Konflikten war und ist es beteiligt - aktiv oder passiv. Oft als *humanitäre Intervention* getarnt.

Als Mitglied der NATO und der EU ist es Teil aggressiver Kriegsbündnisse und -koalitionen, für die unter Missachtung des Völkerrechts Kriege wieder ein Mittel der Politik geworden sind. Das ökonomisch starke und reiche Deutschland steht sogar an vorderster Front, wenn es um die angebliche Verteidigung sogenannter *westlicher Werte* geht. Alle Lehren der Geschichte, besonders der deutschen, missachtend, betreibt es im Interesse des Kapitals eine Politik, die weitere Kriege befördert und die Gefahr noch größerer in sich birgt, vor allem

- durch Export von Waffen und militärischen Ausrüstungen in Höhe von gegenwärtig über 6 Mrd.€ jährlich, davon mehr als die Hälfte in Krisengebiete;
- durch beabsichtigte Erhöhung der Rüstungsausgaben - vorgesehen bis auf 2 % des Bruttoinlandsproduktes, d. h. von ca. 38 Mrd. auf über 60 Mrd. €;
- durch Auslands- und Kriegseinsätze der Bundeswehr in gegenwärtig 13 Staaten;
- durch Aufmarsch von NATO-Truppen mit deutscher Beteiligung an Russlands Grenzen;
- durch Zur-Verfügung-Stellung deutschen Territoriums für militärische Zwecke anderer Staaten, wie in Ramstein;
- durch Lagerung von etwa 20 Atombomben in Büchel,
- durch Destabilisierung von Staaten, die nicht der "westlichen Wertegemeinschaft" angehören, mit der Folge von Flüchtlingsströmen weltweit;
- durch neue Feindbilder, Hass und Hetze insbesondere gegen Russland, verbunden mit Drohungen, Strafmaßnahmen und Sanktionen.

Das alles und mehr ist keine Voraussetzung, in Würde ein friedliches Leben und Zusammenleben der Völker zu ermöglichen.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, die Würde des Menschen wird auch im gewöhnlichen Alltag millionenfach sichtbar und spürbar verletzt.

Zu einem würdevollen Leben bedarf es selbstverständlich auch sozialer Bedingungen. Für eine freie und allseitige Entwicklung sind sie unabdingbar. Dazu gehören vor allem Wohnung, Arbeit, Gesundheit, Bildung, kulturelle, sportliche und demokratische Teilnahme am Leben.

Nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts soll die Wohnung "*elementaren Lebensraum*" gewährleisten.

Heute gibt es in Deutschland ca. 400.000 Obdachlose, darunter ungefähr 30 000 Minderjährige. Innerhalb von 10 Jahren hat sich die Zahl der Obdachlosen vervierfacht. Und diese Zahl steigt. Wo ist deren "elementarer Lebensraum"? Die Straße?

Wie vereinbart es sich mit dieser höchstrichterlichen Wahrheit, wenn immer mehr Menschen sich sorgen müssen, weil ihre Wohnung unbezahlbar wird, wenn die Mieten ungebremst steigen, wenn Bürger ihre Schulden für Haus- und Wohneigentum bei den Banken nicht bedienen können?!

Vor meinen Augen sehe ich das Bild eines Obdachlosen, der vor einer Bankfiliale auf der Straße liegt, Geld bettelnd. Im Fenster des BankCenters in großen Lettern die verheißungsvolle Botschaft "*Zukunft ist sicher*". Was für eine Zukunft! Darauf kann der Obdachlose nun in seinem "*elementaren Lebensraum*" warten.

Welcher Zynismus! Zustand einer gespaltenen, einer kranken Gesellschaft, die immer mehr auseinanderdriftet.

Verehrte Anwesende!

Armut verhindert würdevolles Leben. Eine Binsenweisheit. Und immer größer wird der Anteil von Menschen in diesem Lande, die von Armut bedroht und bereits betroffen sind. Seriöse Schätzungen gehen von ca. 20 % der Bevölkerung aus. Kinderarmut, Altersarmut, Armut Alleinerziehender - Worte, die uns täglich begegnen. Selbst Eingeständnisse von Politikern. Das Schlimme beklagend. Leere Worte. Tatsächlich ändern tun sie und tut sich nichts.

Von den 82 Millionen Menschen in diesem Lande sind ungefähr 1,3 Millionen Dollarmillionäre. Gewaltige Vermögen erben sich - ohne besteuert zu werden - von Generation zu Generation

fort. Eine Minderheit aus Wirtschaft und Politik eignet sich horrenden Reichtum an, der in keinem Verhältnis zu den eigenen Leistungen steht. Diäten, Gehälter, Honorare, Ausschüttungen an Einzelne gehen in die Hunderttausende und Millionen jährlich, im krassen Missverhältnis das Einkommen der überwiegenden Mehrheit.

Viele Menschen leben am oder unterhalb des Existenzminimums und können selbst von ihrer Arbeit kaum leben. Bei einem Mindestlohn von 8,84 € pro Stunde bleiben ungefähr 1 200 € im Monat. Von den 900.000 Leiharbeitern in Deutschland erhalten viele kaum mehr als 1 000 € brutto. Der Regelsatz von 416 € plus Wohnkosten für ALG 2 ermöglicht niemals ein würdevolles Dasein.

Besonders betroffen von dieser Misere ist Ostdeutschland.

Im GG (Art. 72) ist von "**gleichwertigen Lebensverhältnissen**" im Bundesgebiet die Rede. Noch bis 1994 stand dort "**Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse**". Die abschwächende Veränderung erfolgte nicht zufällig nach Herstellung der staatlichen Einheit. Und in sophistischen Übungen versuchen heute Politiker nachzuweisen, dass auch *gleichwertige* Lebensverhältnisse *nicht gleich* sind.

Wir brauchen keine Wortspielereien. Schon gar keine Schönfärbereien. Wir erfahren täglich, dass der Osten nicht nur abgehängt, sondern wie eine Kolonie im eigenen Land vom Westen verwaltet wird. Die Wirtschaft liegt weithin am Boden - von wenigen Leuchttürmen abgesehen. Allein von Museen, Dienstleistungen, Natur- und Landschaftsschutzgebieten wird Produktivität nicht erhöht. Folglich wandern weiterhin Fachleute und vor allem junge Menschen gen Westen oder ins Ausland ab. Die Einkommensunterschiede zum Westen und in ihrer Folge die Renten sind gravierend. Für *vergleichbare* Tätigkeit verdienen Vollzeitbeschäftigte im Osten im Durchschnitt 700 € weniger als im Westen.. Zwischen Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern liegt gar ein Unterschied von ca. 1 200 €.

Der Rentenwert Ost beträgt 95,8 % des aktuellen Rentenwertes West. Abgesehen von den Benachteiligungen durch willkürlichen Eingriff in die rechtmäßig erworbenen Ansprüche. Wenn es nach dem Renten-Überleitungs-Abschlussgesetz geht, sind erst 2024 100 % erreicht. Und dann mit allen geplanten Ungerechtigkeiten.

Hier von einem "Aufholprozess", wie im jüngsten Bericht zum Stand der deutschen Einheit, zu sprechen, ist eine Farce.

Kann man von Würde sprechen, wenn innerhalb eines einheitlichen Staatsgebietes etwa ein Fünftel der Bürger seit Jahrzehnten benachteiligt wird und unter schlechteren Lebensbedingungen existieren muss? Wenn ein Teil der Bevölkerung per Gesetz oder dessen Auslegung als Menschen zweiter Klasse behandelt wird? Gilt das Gleichheitsgebot nicht mehr?

Verehrte Anwesende!

Würde ist aber nicht nur sozial messbar, materiell, finanziell. Achtung und Respekt vor dem Leben der Anderen gehören ebenso zwingend dazu.

Die "Exekution" der DDR als sogenannter Unrechtsstaat ist bis heute unverändert Staatsdoktrin. Unter dem Begriff "Geschichtsaufarbeitung" wird beispiellose Geschichtsfälschung betrieben. Heroisierung der Vergangenheit der alten Bundesrepublik, Verdammung der DDR. Vergangenheitsbewältigung wird so zur *"Vergangenheitsvergewaltigung"*, wie der Rechtswissenschaftler Hermann Klenner feststellte.

Wie ein giftiges Spinnennetz überziehen Institutionen und Einrichtungen - Stiftungen, Behörden, Gedenkstätten - Ostdeutschland, mit denen die Dämonisierung der DDR und ihrer Staatsorgane erfolgt.

DDR-Werte, wie Frieden, Antifaschismus, Völkerfreundschaft, Solidarität, werden schlecht geredet. Zig-Tausende ehemaliger DDR-Bürger, insbesondere jene, die Verantwortung für unser Land trugen, werden ausgegrenzt. Kriminalisierung, Soziale Abstrafung, öffentliche Verunglimpfung, kultureller Vandalismus waren und sind Alltag.

In Schulen und sogenannten Denkkorten wird jungen Menschen ein Weltbild vermittelt, das von Abneigung und Hetze gegen die sozialistische DDR, gegen eine Alternative zu dieser kapitalistischen Gesellschaft geprägt ist.

Berufliche und politische Karrieren werden bewusst verhindert oder zerstört. Lebensleistungen in der DDR zählen nicht. Es sei denn, man geriert sich als "Widerstandskämpfer". Und so werden Menschen manipuliert und verführt, aus Angst und Eigeninteresse sich selbst und ihr Leben zu verleugnen.

Das alles ist verordneter Antikommunismus.

Hat eine solche Politik des Hasses, die auf Spaltung, Denunziation, Furcht und Selbstverleugnung des Menschen setzt, etwas mit Würde zu tun?

Es wird höchste Zeit, den kolonialen Gebaren der Machthaber und ihren Gefolgsleuten, Beauftragten, Claqueuren und abhängigen Medien unseren geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wie es um die Würde in diesem Lande bestellt ist, und wie verletzt und verwundbar sie ist, lässt sich in vielen weiteren Bereichen belegen. Ob es die Zwei-Klassen-Medizin oder der Pflegenotstand ist, die Bildung, die vor allem Kindern aus armen Familien erschwert wird, ob es die freie Selbstbestimmung über die eigenen Angelegenheiten oder die Entmündigung des Bürgers als Bittsteller in Amtsstuben oder in Amtsschreiben ist. Oder wenn ich an den vorgesehenen Präventionsgewahrsam in Polizeigesetzen denke, an den inzwischen durchsichtigen Bürger und die Vernetzung der Ämter. Unter dem Vorwand der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung werden Handlungen kriminalisiert, die noch nicht mal gedacht worden sind.

Das Ergebnis: Persönlichkeitsrechte werden abgebaut, demokratische Rechte beschnitten.

Die abhängigen Medien manipulieren im "*Staatsinteresse*".

Die Bürokratie treibt ihre Blüten, vom Gesetzgeber bis zu den Behörden und Verwaltungen.

Ich frage, ist dieser Staatszustand nicht wesentliche Ursache für das Anwachsen rechter Bewegungen, wie Pegida, AfD etc.? Für den Anschluss Unzufriedener an solche Bewegungen, wie jüngst in Chemnitz und anderswo? Wieso verhalten sich so viele Menschen so würdelos und laufen rechten Rattenfängern hinterher?

Weil sie von Staats wegen so würdelos behandelt werden!

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen!

Verehrte Anwesende!

Die Verwerfungen, Missstände und Notlagen werden gegenwärtig nur abgemildert dank des Einsatzes Vieler. Permanenter Appell an Mitmenschlichkeit gehört zu unserem Alltag. Ehren-

amtliche leisten eine immense humanitäre Arbeit. Vereine, Organisationen, Initiativen, Selbsthilfe- und Berufsgruppen sammeln Spenden, opfern Freizeit, lindern die größte Not von Bedürftigen. Die Tafeln z. B., Republik weit organisiert, sind zu einem Inbegriff für Mitmenschlichkeit geworden. Wie toll, selbst die Filialen der Millionäre und Milliardäre beteiligen sich daran. Beruhigen ihr Gewissen.

Aber ist ein Leben mit Resten, Almosen und Abfällen ein würdevolles? Sind viele Formen der Mitmenschlichkeit nicht auch Alibi für das offizielle Deutschland, Ausdruck einer in Wirklichkeit verfehlten Politik?

Das reiche Deutschland ist, statt eine angemessen gerechte Umverteilung des Reichtums vorzunehmen, zu einer Bettelgesellschaft verkommen. Und das wird noch als Humanismus eines sozialen Rechtsstaates gefeiert!

Neulich las ich über eine Initiative: *"Deutschland rundet auf"*. Mit dieser Spendenaktion soll "wertloses Kleingeld in faire Chancen für Kinder verwandelt" werden. Beim Einkaufen im Supermarkt wird das lästige Kleingeld für einen guten Zweck gespendet.

Aber es gibt bessere Lösungen, Kindern und Bedürftigen zu helfen, der Würde des Menschen und damit dem Anspruch des Grundgesetzes Rechnung zu tragen. Zur Aufforderung *"Deutschland rundet auf"* erheben wir unsere Forderung **"Deutschland rüstet ab"**.

Milliarden, die für die Militarisierung des Landes ausgegeben werden, könnten für *Schulen und Kitas, sozialen Wohnungsbau, Krankenhäuser, Alterssicherung und...* ausgegeben werden. Wie es der **Aufruf "Abrüsten statt Aufrüsten"** fordert.

Deutschland braucht zu seiner Verteidigung weder neue Rüstungen noch Truppen im Ausland. Statt Krieg nach außen gegen andere Völker und nach innen gegen die eigene Bevölkerung zu führen, braucht es endlich eine Politik der Vernunft und des Friedens. Erst dann werden Menschen in Würde leben können.

Die Würde des Menschen wird erst dann unantastbar sein, wenn die bestehenden Verhältnisse nicht nur angetastet, sondern verändert werden